

Postulat Fraktion SP/JUSO (Michael Aebersold/Béatrice Stucki/Raymond Anliker, SP) vom 18. August 2005: Transparenz in Politik, Wirtschaft und Verwaltung: Offenlegung von Ämtern, Mandaten, Arbeitszeit und finanzieller Abgeltung für Kaderleute; Fristverlängerung

In der Stadtratssitzung vom 27. April 2006 wurde das folgende Postulat erheblich erklärt:

Parteien, Organisationen und Verbände sind darauf angewiesen, an ihrer Spitze engagierte, bekannte und kompetente PolitikerInnen zu wissen, die ihre Interessen wirkungsvoll vertreten. Es liegt auf der Hand, dass gerade Mitglieder des Bundesparlaments und prominente Mitglieder aus Exekutiven von Kantonen und grösseren Gemeinden vielfach neben ihrem Mandat auch in Verwaltungsgremien Einsitz nehmen, z.T. mit finanzieller Abgeltung. Aber auch Spitzenleute aus der Verwaltung und der Wirtschaft engagieren sich in der Politik oder nehmen in Verwaltungsgremien Einsitz. Es ist nicht a priori schlecht, wenn sich Menschen in verschiedenen Bereichen für die Gesellschaft engagieren. Es ist jedoch notwendig, dass volle Transparenz geschaffen wird, wer wo welche Funktionen innehat und wie gross der Arbeitsaufwand und die finanziellen Abgeltungen insgesamt sind. Mögliche Interessenskonflikte müssen erkannt und wenn nötig beseitigt werden können.

Zur Schaffung von mehr Transparenz betreffend Doppel- und Mehrfachmandaten, zur Offenlegung von Chefgehältern und finanziellen Abgeltungen von Verwaltungsratsmitgliedern, CEO's und wichtigen Posten und Ämtern sowie für die Beurteilung, ob Interessenskonflikte bestehen und allenfalls Massnahmen notwendig sind, braucht es klare Regelungen.

Wir fordern den Gemeinderat der Stadt Bern deshalb auf zu prüfen und dem Stadtrat Bericht zu erstatten,

1. welcher rechtliche Spielraum besteht, um Doppel- und Mehrfachmandate von Regierungs- und Parlamentsmitgliedern zu erfassen und öffentlich zu machen (Funktion, Arbeitsgeber, zeitlicher Aufwand und finanzielle Abgeltung)
2. welcher rechtliche Spielraum besteht, um Doppel- und Mehrfachmandate von Chefbeamten und -beamtinnen, Kaderleuten und Verwaltungsratsmitgliedern zu erfassen und öffentlich zu machen (Funktion, Arbeitsgeber, zeitlicher Aufwand und finanzielle Abgeltung)
3. welche diesbezüglichen Regelungen heute beim Kanton Bern und beim Bund bestehen und inwieweit diese für die Stadt übernommen werden können
4. wie im Falle von Interessenskonflikten vorgegangen werden soll.

Bern, 18. August 2005

Postulat Fraktion SP/JUSO (Michael Aebersold/Béatrice Stucki/Raymond Anliker, SP), Andreas Zysset, Margrith Beyeler-Graf, Andreas Flückiger, Rolf Schuler, Miriam Schwarz, Gisela Vollmer, Ruedi Keller, Christof Berger, Thomas Göttin, Claudia Kuster, Annette Lehmann, Liselotte Lüscher, Patrizia Mordini, Beni Hirt, Sarah Kämpf

Bericht des Gemeinderats

Das Postulat der Fraktion SP/JUSO steht inhaltlich in engem Zusammenhang mit drei Motionen und einem weiteren Postulat, welche zur näheren Regelung der Nebenbeschäftigungen der Gemeinderatsmitglieder eingereicht und überwiesen worden sind:

- Motion Fraktion SP/JUSO (Raymond Anliker/Béatrice Stucki/Michael Aebersold, SP): Revision des Reglements über die Ablieferung von Entschädigungen von Mitgliedern des Gemeinderats aus der Parlamentstätigkeit (Ablieferungsreglement; ALR; SSSB 152.12) (SRB 169 vom 27. April 2006).
- Motion Catherine Weber (GB): Klare Regelung für Nebenbeschäftigungen der Gemeinderatsmitglieder (SRB 170 vom 27. April 2006).
- Motion Fraktion SVP/JSVP (Erich J. Hess, JSVP): Einführung einer Abgabepflicht für lukrative Nebenjobs der Berner Gemeinderäte (SRB 171 vom 27. April 2006).
- Postulat Fraktion SVP/JSVP (Erich J. Hess, JSVP): Einführung einer Abgabepflicht für lukrative Nebenjobs der Berner Gemeinderäte (SRB 171 vom 27. April 2006).

Die Erarbeitung einer Vorlage zu den drei Motionen ist in vollem Gang, aber noch nicht abgeschlossen. Aufgrund der erwähnten inhaltlichen Überschneidungen ist es sinnvoll, die Beantwortung der Postulate und der Motionen inhaltlich aufeinander abzustimmen; diese inhaltliche Abstimmung führt zwingend auch zu einer zeitlichen. Der Gemeinderat plant deshalb, dem Stadtrat den Prüfungsbericht zum Postulat Fraktion SP/JUSO zusammen mit der Vorlage zu den drei Motionen und dem Prüfungsbericht zum Postulat Fraktion SVP/JSVP zu unterbreiten.

Antrag

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht des Gemeinderats zum Postulat Fraktion SP/JUSO (Michael Aebersold/Béatrice Stucki/Raymond Anliker, SP) vom 18. August 2005: Transparenz in Politik, Wirtschaft und Verwaltung: Offenlegung von Ämtern, Mandaten, Arbeitszeit und finanzieller Abgeltung für Kaderleute; Fristverlängerung.
2. Er stimmt einer Fristverlängerung zur Erstellung des Prüfungsberichts bis zum 23. April 2008 zu.

Bern, 21. März 2007

Der Gemeinderat